

SYMBADISCHE STIMME

Zeitung für den Landkreis Karlsruhe

Berichte aus dem Kreistag

Ausgabe Nr. 10

22. Februar 2022



Das eigene Haus für die Familie: auch wegen der horrenden Steuern ein in Deutschland oft unerfüllbarer Traum

Mehreinnahmen für den Staat – zu Lasten junger Familien

Die hohe Grunderwerbssteuer verhindert den Erwerb von Wohneigentum

KARLSRUHE • STUTTGART

Im Januar wurde im Kreistag der Haushalt für 2022 beraten und abgestimmt. Dabei fielen uns AfD-Kreisräten Punkte auf, die kritisch zu beleuchten sind und von mir als Vertreter der einzigen echten Oppositionspartei nicht unkommentiert bleiben durften.

Der Kreis Karlsruher Land erwartet dieses Jahr aus der Grunderwerbssteuer Einnahmen in Höhe von 36,5 Millionen Euro. Das sind 6,5 Millio-

nen Euro mehr als im Vorjahr. Diese Steuer errechnet sich aus den immer weiter steigenden Preisen für Grundstücke und Immobilien. Der private Käufer bezahlt bei Kauf einer Immobilie aus seinem versteuerten Einkommen diese Grunderwerbsteuer. Die finanziellen Mittel des Arbeitnehmers werden also zweimal besteuert.

Dies ist wahrlich eine ziemliche Zumutung und mittelstandsfeindlich, denn es behindert den Erwerb von Eigentum. Dabei gilt: Eigentum schafft Sicherheit!

Durch diese hohe Steuer wird es jungen Familien zunehmend verunmöglicht, Wohneigentum zu schaffen. Dies ist einer der Gründe, warum

in Deutschland die Eigentumsquote niedriger ist als in allen anderen Ländern der EU.

Wir fordern eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer. Diese Forderung wird mit einer Gesetzesinitiative zu-

ständigkeithalber im Landtag und im Bund von der AfD eingebracht.

Es ist mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen, dass das Wohnen in den eigenen vier Wänden auch für junge Familien mit niedrigem Einkommen möglich bleiben muss. Der Ersterwerb einer privaten Immobilie zur eigenen Nutzung muss Grunderwerbsteuerfrei sein.

Wir fordern eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer

Dr. Rainer Balzer MdL

Heute außerdem:

Die Finanzlage des Kreises	S. 2
Infografiken	S. 3
Ruth Rickersfeld: OB-Kandidatin für Waghäusel	S. 4

Die Schulden wachsen weiter trotz steigender Einnahmen

Der Sozialetat ist der größte Posten, für Straßenbau bleibt nur ein Prozent übrig

BRUCHSAL

Angespannt aber nicht hoffnungslos sei die Kassenlage – und nach Auffassung der Grünen sind reichlich Mittel für die großzügige Versorgung sogenannter Flüchtlinge vorhanden.

Die Verschuldung wird zum Ende des aktuellen Jahres „nur“ 72,6 Millionen Euro betragen. Dies führt zu einem leichten Absinken der jährlichen Zinslast um fast 200.000 Euro (von 1,35 auf 1,15 Millionen Euro). Und das erwartete Haushaltsdefizit beträgt dann „nur“ noch knapp 15 Millionen statt der zuvor befürchteten mehr als 20 Millionen Euro.

Der Schuldenstand wächst also trotz steigender Einnahmen in diesem Haushaltjahr weiter an. Im Haushalt ist ein Fehlbetrag von 20,4 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr ausgewiesen.

Die Liquidität des Landkreises nimmt dadurch ab und die Verschuldung steigt weiter. Bis Ende 2025 wird die Gesamtverschuldung unvorstellbare 163,4 Millionen Euro betragen.

Durch das unverantwortliche Handeln der Europäischen Zentralbank EZB befinden wir uns in einer Nullzinsphase. In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass diese Niedrigzinsphase auch enden wird und dann eine Tilgung bei fünf oder sechs Prozent Zinslast erforderlich sein wird. Dies wird eine gewaltige finanzielle Herausforderung für das Karlsruher Land.

Der Landkreis Karlsruhe plant dieses Jahr über eine halbe Milliarde Euro auszugeben (in Zahlen: 544.865.424,00 Euro!). Und wie jedes Jahr ist der Sozialetat wieder der mit Abstand größte Posten. Wie Herr Landrat Schnaudigel in seiner Haushaltsrede zugeben musste, ist der „größte Kostentreiber [...] einmal mehr der Sozialetat in einer Höhe von 263 Millionen Euro.“

Leistung muss sich wieder lohnen – mit diesem Werbespruch sind FDP und CDU früher angetreten. Heute ist die Umverteilung des Vermögens und der Einkommen zu Lasten des Mit-

telstandes in Bund und Land üblich geworden. Unsere alternativen Konzepte für eine bessere Entwicklung liegen vor und werden im Bundes- und im Landtag seit Jahren ignoriert.

Aktuell steigen die Sozialausgaben durch die Gesetzgebungen zur Pflege und durch Eingliederungshilfen stark an. Die Transfererträge, welche der Kreis hierfür erhält, sind

weitgehend gleich geblieben. Dieses Missverhältnis wird mittelfristig in der Kreiskasse finanzielle Probleme nach sich ziehen.

me nach sich ziehen.

Der zweitgrößte Posten sind die Personalaufwendungen in Höhen von 110 Millionen Euro. Für die Infrastruktur, besonders den Straßenerhalt, den Neubau von Umgehungsstraßen sowie von Tunneln bleibt da zu wenig übrig. Das Straßenbauprogramm macht mit mageren drei Millionen Euro noch nicht einmal ein Prozent des Gesamthaushalts aus.

Dr. Rainer Balzer MdL

Umverteilung zu Lasten des Mittelstands

Die Kreisumlage sinkt – aber nur prozentual

Durch den Anstieg der Steuereinnahmen wird es real keine Mindereinnahmen geben

BRUCHSAL

Eine wichtige Einnahmequelle für jeden Landkreis ist die so genannte Kreisumlage. Dabei reichen die Kommunen einen bestimmten Anteil ihrer Einnahmen an den Kreis weiter. Dieser Kreisumlagehebesatz soll von derzeit 28,5 Prozent auf 27,5 Prozent fallen.

Erfreulicherweise bedeutet dies, dass bei den Gemeinden höhere finanzielle Mittel verbleiben, diese werden also in ihrer finanziellen Höhe gestärkt, was ausdrücklich zu begrüßen ist.

Es ist eine Forderung meiner Partei – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips fordern wir starke Kommunen mit größtmöglicher Eigenständigkeit.

Natürlich muss diese Absenkung finanziert werden. Der aktuelle Haushaltsansatz geht davon aus, dass die Steuereinnahmen (hier Steuerkraftsummen) in absoluten Zahlen steigen, sodass eine Absenkung des Prozentsatzes nicht zu Mindereinnahmen führen wird.

In meiner Rede musste ich anmerken, dass dieser erwartete Anstieg mit einem Fragezeichen zu versehen ist. Wie der gesamte Entwurf auf der

Einnahmenseite lesen sich die angepeilten Steuerkraftsummen auf dem Papier recht gut. Sofern diese so eintreffen sollten, wäre das natürlich erfreulich.

Insgesamt ist der Haushaltsplan für 2022 und die Folgejahre optimistisch gehalten. Angesichts der falschen politischen Entscheidungen, die im Umgang mit der dynamischen Coronapandemie zu beobachten waren, sind die Zuwächse auf der Einnahmenseite zu hinterfragen.

Dr. Rainer Balzer MdL

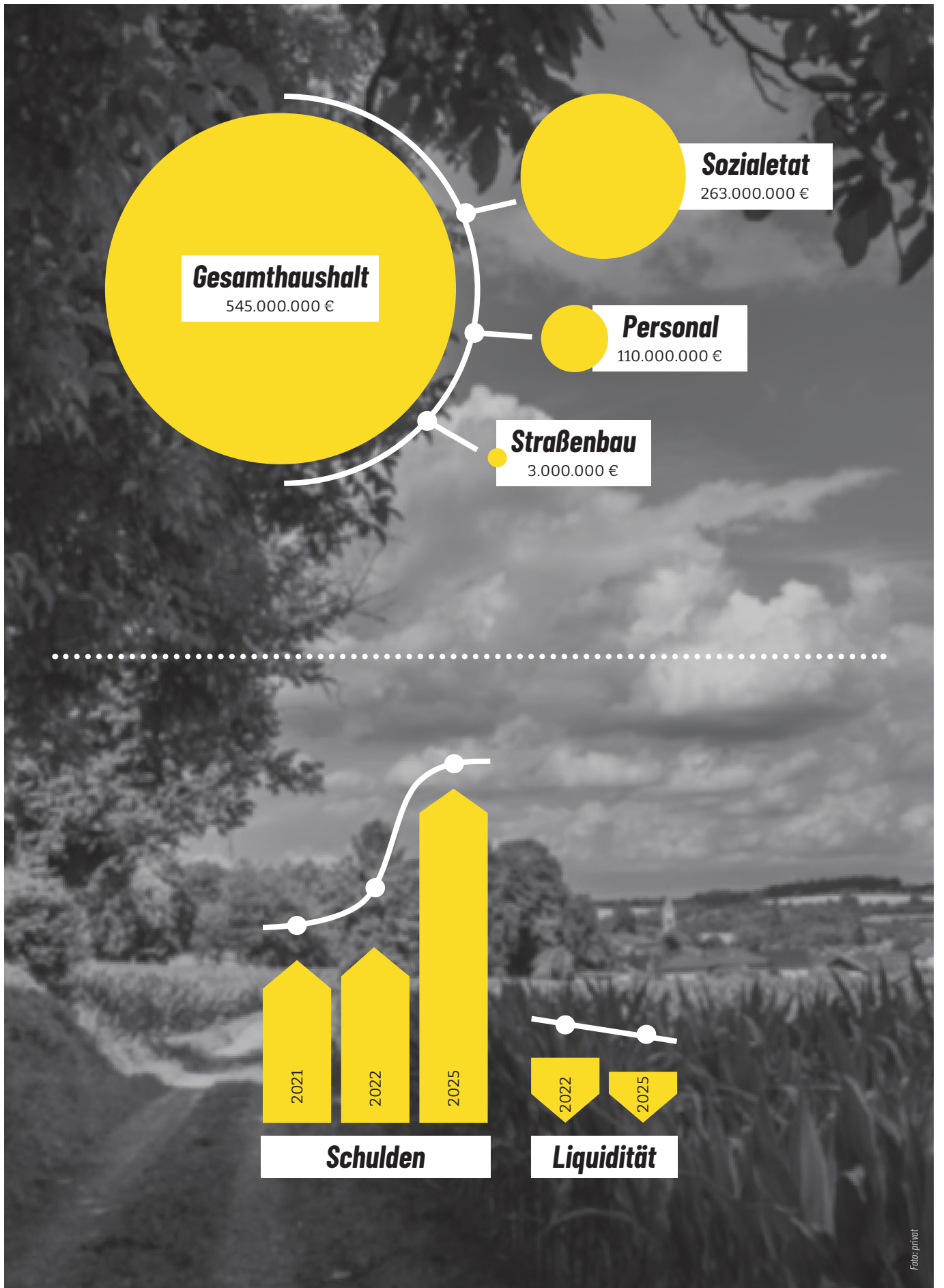


Foto: privat

Unsicherheitsfaktoren

Kosten für Corona und Lieferengpässe müssen in den Haushalt eingepreist werden

BAD SCHÖNBORN

Neu e Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung ab Herbst und die anhaltenden Liefer Schwierigkeiten bei Produktions teilen und Halbleitern können zu deutlich geringeren Steuereinnahmen führen als aktuell geplant.

Die Probleme der globalisierten Lieferketten sind im Haushaltsansatz tatsächlich erwähnt. Leider wird der wirtschaftliche Schaden, welcher durch den falschen Umgang mit der Pandemie entsteht, nicht deutlich benannt. Die Kosten der vielen privaten Testzentren und der Aufwand für das großzügige Verteilen der aus China importierten Masken und Testkits, in durchaus fragwürdig unterschiedlicher Qualität, müssen ebenso eingepreist werden.

Insofern ist der Haushaltsansatz 2022 ein Vabanquespiel zulasten der Bürger und Steuerzahler.

Dr. Rainer Balzer MdL

Dr. Rainer Balzer MdL ist Landtags- und Kreistagsabgeordneter



Ruth Rickersfeld - unsere OB-Kandidatin für Waghäusel

Der Wahlkampf ist angelaufen

WAGHÄUSEL

Ich trete zur Oberbürgermeisterwahl in Waghäusel an, da ein Politikwechsel dringend notwendig ist. Wir haben schon jetzt einen überschuldeten Haushalt und es stehen so viele, meist durch Bund und Land verordnete und durch die Gemeinde zu finanzierende teure Aufgaben an. Windkraftanlagen in dafür gerodeten Wäldern und die mit noch vielen Unbekannten behaftete Tiefengeothermie gehören nicht zu einer vernünftigen Energiepolitik.

Die Stadt hat keinen Spielraum für Extravaganzen und wenig für freiwillige Leistungen. Dennoch möchte ich zur Hoffnung durch eine gute Wirtschaftsentwicklung beitragen. Betriebe erhalten, Leerstände verhindern, die Attraktivität der Stadt für alle steigern. Das sichert Arbeitsplätze und die so wichtigen Steuereinnahmen. Und die Einwohner dürfen nicht überlastet werden.

Den Spagat zwischen Schuldenlast und vernünftiger Aufgabenerfüllung kann man nicht schaffen mit ideologischen Scheuklappen. Dazu braucht es Sachverstand, Erfahrung und den neutralen, rationalen Blick. Als Betriebswirtin (VWA) und Verwaltungsfachwirtin mit 37 Jahren Erfahrung bei der Stadt Karlsruhe in verschiedenen Bereichen.

Eine Mammutaufgabe, der ich mich stellen möchte, und zwar ehrlich, kompetent und transparent.

Ruth Rickersfeld ist Stadträtin in Waghäusel und Geschäftsführerin der AfD-Gemeinderatsfraktion in Karlsruhe

V.i.S.d.P.:
Sven Geschinski • Im Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3 •
70130 Stuttgart • 0711 2063-5612
rainer.balzer.ma@afd.landtag-bw.de

